



## Antrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

**Jürgen Baumgärtner, Kerstin Schreyer, Dr. Gerhard Hopp, Josef Zellmeier, Alexander König, Martin Bachhuber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Barbara Becker, Alfons Brandl, Alex Dorow, Karl Freller, Hans Herold, Johannes Hintersberger, Michael Hofmann, Jochen Kohler, Harald Kühn, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Hans Ritt, Josef Schmid, Angelika Schorer, Thorsten Schwab, Klaus Stöttner, Steffen Vogel, Martin Wagle, Ernst Weidenbusch, Georg Winter CSU**

### **Keine einseitige Belastung des Logistiksektors durch den Bund!**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag betont die hohe Bedeutung einer möglichst reibungslos funktionierenden und leistungsfähigen Logistikbranche für Bayern. Gerade die infolge der jüngsten internationalen Krisen aufgetretenen Lieferkettenprobleme zeigen die herausragende Rolle der Logistikunternehmen für den Standort Bayern.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich gegenüber dem Bund dafür einzusetzen, dass die internationale Konkurrenzfähigkeit des Lkw-Güterverkehrs in Deutschland weiter erhalten bleibt und die Realisierung von bekanntgewordenen Plänen des Bundes zu kurzfristigen Mehrbelastungen im Bereich des Lkw-Verkehrs, insbesondere in Form einer erhöhten Lkw-Maut für Fahrzeuge mit konventionellem Antrieb, unterbleiben.

Zukünftige regulatorische Schritte mit dem Ziel einer Dekarbonisierung des Lkw-Verkehrs müssen konsequent die absehbaren technischen Möglichkeiten und zukünftigen, wirtschaftlich vertretbaren Verfügbarkeiten von Fahrzeugen mit alternativen Antrieben sowie deren Betriebsmitteln inklusive der dafür notwendigen Infrastruktur (z. B. Ladesäulen, Wasserstoff-Tankstellen u. ä.) berücksichtigen, um dem Transportgewerbe den notwendigen Planungsvorlauf zu ermöglichen. Solange die sich daraus ergebenden Voraussetzungen nicht geschaffen wurden, soll von zusätzlichen Belastungen des Lkw-Güterverkehrs abgesehen werden, auch um die aktuell schon hohe Inflationsrate nicht weiter zu erhöhen.

### **Begründung:**

Die Ampel-Koalition auf Bundesebene hat ein „Modernisierungspaket für Klimaschutz und Planungsbeschleunigung“ angekündigt. Darin ist auch die Einführung einer CO<sub>2</sub>-Differenzierung der Lkw-Maut und ein CO<sub>2</sub>-Aufschlag in Höhe von 200 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub> ab Anfang 2024 enthalten. Dies ist so lange strikt abzulehnen, solange die Logistikbranche keinen ausreichenden zeitlichen Vorlauf hatte, um sich auf die Erhöhung einzustellen und daher noch keinen Zugang zu technisch ausgereiften und wirtschaftlich sowie mengenmäßig ausreichend verfügbaren Alternativen mit den zu deren Betrieb

notwendigen Betriebsmittel samt Infrastruktur hat. In der aktuellen Ausgestaltung wird dies zur Preiserhöhungen der Logistikbranche führen, welche schlussendlich zu einer höheren Inflation beitragen. Dies gilt es zu vermeiden.